

# Landkreis Ravensburg

den 13. Dez. 2016

## Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages  
am 23.11.2016 in der Stadthalle Wangen, Jahnstr. 21, Wangen

Dauer 14:30 Uhr bis 19:10 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

#### Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

#### CDU

Herr Elmar Buemann,

Herr Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Karl Immler,

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Dieter Krattenmacher,

Herr Hans-Jörg Leonhardt,

«sitext» vom «sidat»

Herr Clemens Moll,  
Herr Axel Müller,  
Herr Peter Müller,  
Herr Christian Natterer,  
Herr Alois Peter,  
Herr Dr. Daniel Rapp,  
Frau Dr. Silke Rieser,  
Herr Robert Schweizer,  
Herr Daniel Steiner,  
Herr Robert Stütze,  
Herr Roland Weinschenk,  
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,  
Herr Jochen Fischinger,  
Herr Matthias Grad,  
Herr Roland Haug,  
Herr Michael Lang,  
Herr Holger Lehr,  
Herr Rainer Magenreuter,  
Herr Dr. Hermann Schad,  
Herr Roland Schmidinger,  
Herr Bernhard Schultes,  
Herr Peter Smigoc,  
Herr Oliver Spieß,  
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,  
Frau Judith Gebhardt,  
Frau Ursula Hilpert,  
Frau Liv Pfluger,  
Herr Bruno Sing,  
Herr Siegfried Spangenberg,  
Herr Heinz Strubel,  
Herr Dr. Ulrich Walz,  
Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,  
Herr Peter Clément,  
Herr Rainer Marquart,  
Frau Gisela Müller,

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,  
Herr Max Scharpf,  
Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,  
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,

Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur u.  
Bürgerservice

Herr Franz Baur,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur

Frau Diana E. Raedler,

Dezernentin Arbeit und Soziales

Herr Walter Sieger,

Dezernent Kreisentwickl., Wirtsch. u. ländl.  
Raum

Herr Gerd Hägele,

Dezernent Recht, Ordnung und Landwirt-  
schaft

Herr Thomas Riesch,

Stv. Amtsleiter Hauptamt

Frau Sybille Schuh,

Amtsleiterin Finanzverwaltung

Herr Hubert Messmer,

Eigenbetrieb IKP

Gäste

Frau Isolde Drössel,

Gebärdensprachdolmetscherin, zu Beginn  
der Sitzung und bei TOP 7

Frau Lisa Gmeiner-Rensi,

Gebärdensprachdolmetscherin, zu Beginn  
der Sitzung und bei TOP 7

Herr Torsten Hopperdietzel,

Kreisbehindertenbeauftragter, zu TOP 7

Abwesend:

CDU

Herr Eugen Abler,  
Herr Wolfgang Kleiner,  
Herr Volker Restle,  
Herr August Schuler,  
Herr Waldemar Westermayer, MdB,

FWV

Herr Markus Ewald,  
Herr Hans Peter Künst,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,  
Herr Gereon Güldenbergl,

SPD

Herr Anton Frei,  
Herr Gerhard Lang,  
Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Julian Aicher,  
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

#### **Angelegenheiten des Hauptamtes**

3. 0187/2016  
Bündelung der Kreisverwaltung in Ravensburg und Weingarten - Gutachten Stufe 1 / Raum- und Funktionsprogramm

#### **Angelegenheiten der Finanzverwaltung**

4. 0132/2016  
Kreisstrategie - Fortschreibung auf Basis der Ergebnisse des Klausurtags am 12.05.2015
5. 0163/2016  
Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2017

#### **Angelegenheiten des Rechts- und Ordnungsamtes**

6. 0195/2016  
Vorschläge zur Neubestellung der Mitglieder des Beirats bei der Justizvollzugsanstalt Ravensburg

#### **Mitteilungsvorlagen**

7. 0188/2016  
Jahresbericht des Kreisbehindertenbeauftragten; Gast: Torsten Hopperdietzel, Kommunalen Behindertenbeauftragter des Landkreises Ravensburg

8. 0199/2016  
Strategie Bürgerservice
  
9. 0161/2016  
Beteiligungsbericht 2015
  
10. Mitteilungen und Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

11. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 10.11.2016 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Er gratuliert KR S. Scharpf zum heutigen Geburtstag und stimmt ein Ständchen an.

Die Gastgeberrede von Herrn OB Lang erfolgt zwischen den TOPs 8 und 9. Er zeigt den Stand der Vorbereitungen zur Landesgartenschau 2024 mit einer PowerPoint-Präsentation.

## **Öffentliche Sitzung**

### 1. Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass TOP 8 („Strategie Bürgerservice“) von der Tagesordnung abgesetzt wird. Die Angelegenheit werde in der übernächsten Sitzung des Kreistags behandelt.

Aus dem Gremium gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

### 2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

KR Bindig verweist auf die Seite 9 des Protokolls der Sitzung am 13.10.2016. Er wünscht eine nachträgliche Ergänzung der Niederschrift um die Begründungen der beiden Anträge zur Geschäftsordnung des Kreistags.

Der Vorsitzende sagt zu, die Begründungstexte der KRe Bindig und Spangenberg im Wortlaut aufzunehmen (siehe Anlage am Ende dieses Protokolls).

#### *Anmerkung der Schriftführung:*

*Die Niederschrift der Sitzung am 13.10.2016 wurde mit folgendem Hinweis versehen: „siehe Änderung durch Niederschrift vom 23.11.2016, TOP 2“*

Darüber hinaus gibt es zum Protokoll der Sitzung am 13.10.2016 keine Änderungswünsche.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

3. Bündelung der Kreisverwaltung in Ravensburg und Weingarten - Gutachten Stufe 1 /  
Raum- und Funktionsprogramm (0187/2016)

Herr Meßmer stellt den Sachstand mit einer Power-Point-Präsentation vor.

KR Engler möchte mit Variantenbetrachtungen alle Aspekte beleuchten. Eine moderne schlanke Verwaltung müsse einhergehen mit kundenfreundlichen und effizienten Organisationsabläufen und Gebäudestrukturen. In der Sitzungsvorlage vermisst er Angaben zu folgenden Fragen:

- Wofür genau werden die beträchtlichen Mittel eingesetzt?
- Wie geht man mit den Nebenstellen/Außenstellen um?
- Wird das Amt für Migration und Integration wieder in die allgemeine Verwaltung integriert?
- Wo steckt Rationalisierungspotenzial?

Der Vorsitzende verweist auf die Seite 6 des Gutachtens und die hier aufgeführten Handlungsfelder. Natürlich habe es sich auch die Verwaltung zum Auftrag gemacht, durch die Bündelung der Standorte möglichst einen wirtschaftlichen Vorteil zu generieren.

KRin Gebhardt erkundigt sich nach den Hintergründen der Beauftragung der Fa. if5 und ob es auch andere Anbieter bzw. Kostenvergleiche gegeben hätte.

KR Clement wünscht eine Präzisierung des Beschlussentwurfs, um klarzustellen, dass es nur um die Verwaltungsstandorte im Schussental geht, und nicht darum, sämtliche Standorte im Schussental zu bündeln. Er tauscht sich mit Herrn Baur über die EnBW-Liegenschaft aus.

KR Spieß hätte gerne eine Zusammenfassung des Gutachtens und – wie KR Engler – eine genaue Darstellung der Mittelverwendung. Er interessiert sich für den weiteren Verlauf des Ausschreibungsverfahrens. Vorerst gehe auch die Fraktion der Freien Wähler davon aus, dass die Außenstellen bestehen bleiben. Dennoch müsse zu gegebener Zeit die Gesamtsituation auf den Prüfstand gestellt werden.

KR Bürkle nimmt Bezug auf die auf Seite 8 des Gutachtens aufgeführten Annahmen und fragt,

- ob die Verwaltung bei einer Flächenreserve von 9 % auch von einem Personalmehrbedarf in Höhe von 9 % ausgeht und
- wieso bei der großen Anzahl von Teilzeitkräften lediglich ein Flächeneinsparpotenzial von 15 Arbeitsplätzen ermittelt wurde.

KR S. Scharpf spricht sich gegen moderne Büroarbeitsplätze in papierlosen Containern aus. Es sei viel wichtiger, den Mitarbeitern genügend Wertschätzung entgegenzubringen und dafür zu sorgen, dass sie sich wohlfühlen. Hilfreich sei hierbei:

- Barrierefreiheit
- Kinderhort
- Farbiges, angstfreies und niederschwelliges Ambiente

Herr Baur macht deutlich, dass die Verwaltung genaue Richtungsvorgaben benötigt, um in eine konkrete Planung einsteigen zu können. Diese Richtung solle von der Verwaltung und dem Kreistag gemeinsam bestimmt werden. Künftig werde das Thema in jeder Sitzung des Verwaltungsausschusses auf der Tagesordnung stehen. Zusätzlich zur vorliegenden Bestandsaufnahme brauche man noch weitere Daten und Betrachtungen, beispielsweise zu den Lebenszykluskosten. Herr Baur beschreibt das Auswahlverfahren bis zur Beauftragung der Fa. if5 und beantwortet die Fragen von KR Engler. Auch die Verwaltung verfolge das Ziel, aus dem Gebäude der Agentur für Arbeit wieder herauszukommen. Überhaupt müsse die Gebäudebewirtschaftung wirtschaftlicher werden; zu diesem Zwecke müsse man Gebäude abstoßen. Die aktuellen Tendenzen in der Bürowelt müssten im Einzelnen noch betrachtet und auf ihre Eignung für die Zwecke der Landratsamts-Verwaltung hin geprüft werden. Der vorgestellte Mittel-Ansatz sei als Rahmen zu sehen, der nicht unbedingt voll ausgeschöpft werden müsse. Herr Baur betont, dass die 9 % Flächenreserve nicht bedeutet, dass das Personal entsprechend aufgestockt werden soll. Diese Angabe solle lediglich die Größenordnung der Rangierfläche darstellen. Verwaltungsarbeit sei nie statisch; Flächenressourcen sollten gegebenenfalls Notlösungen vermeiden und damit Flexibilität in der Bewirtschaftung sicherstellen.

Herr Meßmer schildert den hohen Aufwand für die Bestandserfassung (Vermessungsleistungen, baurechtliche Prüfungen, Bewertung der vorhandenen Bausubstanz).

KRin Pfluger kann die Bestandsaufnahme als Stufe 1 im Planungsprozess nachvollziehen.

Die in der darauf folgenden Phase verwendeten Begrifflichkeiten seien allerdings nicht mehr schlüssig. Vor allem die Verzahnung von betrieblichen Erfordernissen und räumlichen Zuschnitten sei noch erklärungsbedürftig. Aus dem Telekomgebäude könne keine moderne Büroeinheit geschaffen werden. Insofern laufe es im Ergebnis immer auf einen Kompromiss hinaus.

KR Moll bittet um eine Aussage zur Amortisation der Kosten durch mögliche Einsparungen.

KR M. Lang hätte eine Zusammenfassung des umfangreichen Gutachtens mit Fazit erwartet. Er möchte wissen, wer die Erstellung des Gutachtens initiiert hat, zu welchem Zeitpunkt und welche Vorgaben zugrunde gelegt wurden.

Herr Bau teilt mit, dass es zu diesem Thema keinen Beschluss gegeben habe, weil im Jahr 2014 ursprünglich die Wertgrenze für Entscheidungen der Gremien nicht erreicht worden sei. Mit dem Einverständnis der Gremien habe – u.a. mithilfe dieses Gutachtens - die weitere Entwicklung des Telekomgebäudes vorbereitet werden sollen. Leider habe dem Eigenbetrieb IKP, vor allem wegen der Asylbewerberunterbringung, die Zeit gefehlt, den Gutachter bei seiner Arbeit hinreichend zu begleiten. Zudem sei die Stelle des Hauptamtsleiters schon seit langer Zeit vakant. Möglicherweise auch wegen der fehlenden Begleitung habe das Beratungsunternehmen den Erwartungen leider nicht komplett entsprochen.

KR Sing bestätigt die Intention der Verwaltung, ein solches Großprojekt gründlich und transparent vorzubereiten. Dabei müsse man sämtliche Aspekte einbeziehen, u.a.

- Familie und Beruf
- Wo wollen wir mit dem Gebäudezuschnitt hin?
- Teilsanierungen oder gar Neubau?

KR S. Scharpf meint, dass die Grundsatzentscheidung, ein neues Landratsamt nach den aktuellen Erfordernissen und Vorstellungen zu bauen, vor dem vorgestellten Planungsprozess fallen müsste. Er fragt nach den Konsequenzen, wenn der Status quo beibehalten würde.

Der Vorsitzende sieht das Landratsamt sowohl in seinem Erscheinungsbild nach außen als auch bezüglich der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter in einem „Dornröschenschlaf“. Sein Wunsch sei, hier eine Änderung herbeizuführen, aber immer unter der Überschrift: „Was ist wirtschaftlich realisierbar?“ Die inhaltlichen Ziele und die wirtschaftlichen Ressourcen müssten in Einklang gebracht werden.

Herr Baur beantwortet die noch offenen Detailfragen und kündigt an, das Thema umfassend aufzubereiten, so dass das Gremium eine fundierte Grundlage für die Beschlüsse habe.

KR Sing interessiert sich für die Zahl der Homeoffice-Arbeitsplätze.

Der Vorsitzende sagt zu, diese Angabe mit dem Protokoll nachzuliefern.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Rückmeldung von Herrn Dreher lautet:

*„Bereits seit 2008 besteht im Landratsamt eine Richtlinie zur Telearbeit. Danach können Mitarbeiter einen Teil ihrer Arbeit Zuhause erledigen; dabei besteht eine Online-Anbindung an die DV-Verfahren des Landratsamtes. Für diese Telearbeit gelten unter anderem folgende Rahmenbindungen:*

- ✓ Der Mitarbeiter muss mindestens 10 Stunden pro Woche im Büro anwesend sein.*
- ✓ Die zu erledigenden Aufgaben müssen für Telearbeit geeignet sein.*
- ✓ Die Mitarbeiter, die Telearbeit leisten, verbleiben weiterhin in ihrer bisherigen Rechtsstellung.*
- ✓ Wegzeiten zwischen dem häuslichen und betrieblichen Arbeitsplatz werden grundsätzlich nicht auf die Arbeitszeit angerechnet und es wird kein Fahrtkostensersatz geleistet.*
- ✓ Der Mitarbeiter trägt die Kosten der DV-Anbindung und der Ausstattung des Arbeitsplatzes.*
- ✓ Es besteht kein Rechtsanspruch auf Telearbeit.*
- ✓ Es sind dieselben gesetzlichen Regelungen zu beachten wie am Arbeitsplatz, z.B. zum Datenschutz, zur Arbeitszeit, zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz.*
- ✓ Telearbeit ist auf dem Dienstweg beim Personalservice zu beantragen und wird im Einvernehmen mit der jeweiligen Dezernatsleitung bewilligt.*

*Aktuell haben 15 Personen einen solchen Heimarbeitsplatz (Telearbeit).*

*Daneben wurden weitere Einzelvereinbarungen abgeschlossen auf deren Grundlage weitere 25 Personen die Möglichkeit haben bei Bedarf auf Ihre Daten im LRA zuzu-*

greifen.

*Hier ist aber kein Zeitanteil für Telearbeit vereinbart.*

*Grundsätzlich besteht für alle Mitarbeiter die Möglichkeit für Einzelfälle einen ‚Kurzzeitarbeitsplatz‘ bei uns einrichten zu lassen.*

*Zurzeit sind wir an der Überarbeitung der Telearbeitsrichtlinie, um diese noch zeitgemäßer und zielgerichteter auszurichten.“*

Der Vorsitzende schlägt vor, die Nr. 1 des Beschlusssentwurfs zu präzisieren, um Missverständnisse zu vermeiden.

Gegen diese Modifizierung werden keine Einwendungen geltend gemacht.

#### **Modifizierter Beschlusssentwurf:**

1. Das Funktions- und Flächenprogramm zur Bündelung **der Kreisverwaltungsstandorte, die in Ravensburg und Weingarten sind**, bildet die Grundlage für die weiteren Untersuchungen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Leistungen zur Untersuchung der betrieblichen und baulichen Handlungsoptionen in eigener Zuständigkeit zu beauftragen. Hierfür wird ein Budget in Höhe von 350.000 € bereitgestellt.
3. In einem ersten Schritt sind Ende des 2. Quartals 2017 mit dem Kreistag die Detaillierung der Kernziele zur Entscheidung vorzulegen.
4. Das auszuarbeitende Raum- und Funktionsprogramm ist dem Kreistag bis zum Ende des 3. Quartals 2017 zur Entscheidung als Grundlage zur Ausarbeitung der Stufe 3 vorzulegen.
5. Die Variantenbetrachtung, Stufe 3, zur Bündelung der Kreisverwaltung in Ravensburg und Weingarten ist Ende des 4. Quartals 2017 zur Entscheidung vorzulegen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig **modifiziert** beschlossen (bei 2 Enthaltungen)

4. Kreisstrategie - Fortschreibung auf Basis der Ergebnisse des Klausurtags am 12.05.2015 (0132/2016)

Der Vorsitzende verweist auf das Dokument „Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen“ und die eingereichten Anträge der CDU und SPD (siehe Tischvorlagen). Der Antrag der Grünen-Fraktion sei nach der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 11.10.2016 bereits Teil der Beschlussempfehlung.

KR Krattenmacher erläutert den Änderungsantrag der CDU in den einzelnen Handlungsfeldern.

KR Bindig nimmt Bezug auf die im Antrag formulierte Begründung und ergänzt, dass sich in der hiesigen schönen und sensiblen Landschaft auch die gewerblichen Bauten eingliedern sollten. Selbst wenn es an Kompetenzen mangle, könne der Landkreis diese Idee mit Impulsen und einer entsprechenden Werbung verfolgen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Ergänzung der CDU im Beschlussentwurf des Betriebsausschusses IKP vom 28.09.2016 abzuändern:

*Der Eigenbetrieb IKP wird beauftragt, die Kennzahlen der Handlungsfelder zu überarbeiten*

- *Unter Beibehaltung des medizinischen Versorgungsniveaus ist der vom Landkreis zu tragende Abmangel **aus der nicht kostendeckenden Vermietung der Krankenhausimmobilien** jährlich um 1 Mio. € zu reduzieren*
- *~~Zur Entlastung der bisherigen Eigenbetriebsführung ist eine neue Geschäftsführerstelle zu schaffen.~~ **Die Geschäftsleitung** hat den erforderlichen Personalbedarf beim Eigenbetrieb zu ermitteln und schwerpunktmäßig für eine möglichst wirtschaftliche Gebäudenutzung zu sorgen. Dies soll durch Standortkonzentration und optimale Gebäudeausnutzung geschehen.*

Herr Sieger teilt mit, dass es für die Verbesserung der Biodiversität an Straßenbegleitflächen keine Ökopunkte gibt.

Frau Raedler führt aus, dass die Haltung des derzeitigen Niveaus beim Handlungsfeld „Unterhaltsvorschuss“ nicht umsetzbar sei. Der Landkreis bewege sich aktuell weit über dem Landesdurchschnitt, was auf intensive Anstrengungen und diverse Einmaleffekte zurückzuführen sei. Sie möchte im Text des CDU-Antrags das Wort „mindestens“ streichen, wenn nicht sogar den ganzen Satz.

KR M. Lang stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung**, die heute erst bekannt gewordenen

Anträge der CDU und SPD (Anlagen 3 und 4 zu 0132/2016) zur weiteren Vorberatung in die jeweiligen Ausschüsse zu verweisen, da eine inhaltliche Auseinandersetzung für die anderen Fraktionen so kurzfristig nicht möglich sei.

KR Engler entgegnet, dass nur die rot gekennzeichneten Teile in die Ausschüsse verwiesen werden sollen. Die schwarzen Passagen könnten heute durchaus behandelt werden.

Der Vorsitzende wirft ein, dass die Verwaltung auch in den Ausschüssen keine weiteren Inhalte mehr vortragen würde.

KR Spieß stellt den **Antrag zur Geschäftsordnung**, die Diskussion heute fortzusetzen, aber die Abstimmung in Gänze zu verschieben.

Der Vorsitzende vergewissert sich, ob über diesen **Antrag zur Geschäftsordnung** erst nach der Debatte entschieden werden soll.

KR Spieß bestätigt dies.

KR Clement nimmt Stellung zur Abmangel-Passage (Krankenhausimmobilien), zum Kulturkonzept und zur Begradigung von Kreisstraßen.

KRin Pfluger bemängelt die fehlende bzw. unsaubere Differenzierung zwischen Leitzielen, Handlungsfeldern, haushaltsrelevanten Anträgen, strategischen Anträgen oder anderen Anliegen und bittet nochmals dringend um eine klar strukturierte und lesbare Vorlage.

Der Vorsitzende überlegt, die Themenfelder analog zu den Inhalten des Beschlussentwurfs aufzurufen. Nachdem keine Einwendungen vorgebracht werden, eröffnet der Vorsitzende eine neue Rednerliste.

Der Vorsitzende stellt die im Beschlussentwurf dargestellten Änderungen bei Leitzielen und Handlungsfeldern zur Debatte.

KR Zintl möchte, dass in dem von der CDU vorgeschlagenen Kulturkonzept konkrete Inhalte festgeschrieben werden. Dies sei Aufgabe des Kultur- und Schulausschusses.

KR Hämmerle erklärt den Ansatz der CDU: Es müsse auch über das Schloss Achberg und das Bauernhausmuseum hinaus gedacht werden.

KR Bindig erwähnt die Ökokontomaßnahmen, die doch bereits auf den Seiten 365 und 366 des Haushaltsplanentwurfs aufgeführt seien. Seiner Meinung nach fehlt es an Stringenz, wenn dieses Thema nun nochmals im Kreisstrategie-Papier aufgeführt wird.

KRin Gebhardt hält es für problematisch, falls Maßnahmen nur dann umgesetzt werden, wenn damit Ökopunkte generiert werden können.

KR Krattenmacher gibt die fehlenden Personalressourcen zu bedenken. Ohne Ökopunkte könne die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

KR Strubel hält fest: „Wir sind nur Natur-Nützer, keine Natur-Schützer!“ Der Kreis müsse das Leitziel des Landes, die Pflege des Straßenbegleitgrüns zukünftig ökologisch wertvoller zu gestalten, umsetzen, ohne ständig auf Ökopunkte zu schießen und ohne Abschiebung auf das Ehrenamt.

KR Krattenmacher wehrt sich dagegen, dass das Land Leitziele vorgibt, für die Umsetzung aber keine Gegenleistung anbietet.

KR Sing macht darauf aufmerksam, dass im Antrag der Grünen lediglich von Modellprojekten gesprochen wird. Es sei doch machbar, nur Modellflächen vorzusehen.

Der Vorsitzende kann sich vorstellen, in Zusammenhang mit dem SPD-Antrag „Landschaftsgerechte Bauweise von Gewerbebauten“ das Architektenkammer-Projekt „Vorbildliches Bauen im Landkreis Ravensburg“ mit einer weiteren Sonder-Kategorie „Landschaftsgerechte Gewerbebauten“ zu versehen.

KRin Pfluger spricht sich gegen Kennzahlen in der Eingliederungshilfe (Heimunterbringung-Wohngruppe) aus.

#### **Antrag zur Geschäftsordnung von KR Spieß:**

Die roten Passagen im Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 3 zu 0132/2016) sollen fraktionsintern nochmals beraten werden. Der Gesamtbeschluss über die Kreisstrategie erfolgt ohne weitere Aussprache in der Sitzung des Kreistags am 14.12.2016.

**Beratungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

**Antrag zur Geschäftsordnung von KR Spieß:**

Änderung der Tagesordnung:

TOP 7 wird vorgezogen, damit die Gäste des Kreisbehindertenbeauftragten nicht noch länger warten müssen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

Anmerkung der Schriftführung:

*Dieses Protokoll folgt der ursprünglichen Tagesordnung.*

5. Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2017 (0163/2016)

Herr Baur stellt den Entwurf zum Kreishaushalt 2017 mit einer PowerPoint-Präsentation vor (Anlage 3 zu 0163/2016).

Der Vorsitzende beschreibt die aus seiner Sicht wichtigen Themen des Jahres 2017 und legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Themen: Bürgerfreundlichkeit, Gemeindefreundlichkeit und Mitarbeiterfreundlichkeit. Mit dem Leitbild „Freundlichkeit hoch drei“ (Anlage 5 zu 0163/2016) solle ein neuer Akzent gesetzt werden.

Herr Simon präsentiert die „Strategie Bürgerservice“ (Anlage 6 zu 0163/2016).

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende schlägt folgende weitere Vorgehensweise vor:

Die Vorlage wird zur weiteren Vorberatung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

## 6. Vorschläge zur Neubestellung der Mitglieder des Beirats bei der Justizvollzugsanstalt Ravensburg (0195/2016)

Herr Hägele informiert den Kreistag über die zwischenzeitlich erfolgten Nachmeldungen und teilt mit, dass es sich bei den Vorschlägen zur Neubenennung der Beiratsmitglieder nicht um eine Wahl, sondern um eine Sachentscheidung handelt.

KR Hämmerle bezeichnet die späte Kommunikation des Rechenfehlers der Verwaltung als sehr unerfreulich und nachteilig für die Stadt Ravensburg.

Der Vorsitzende bietet an, die Angelegenheit zu vertagen oder die Sitzung für fraktionsinterne Absprachen zu unterbrechen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen bzw. Anträge zur Geschäftsordnung.

### **Modifizierter Beschlusentwurf:**

Der Kreistag des Landkreises Ravensburg schlägt dem Justizministerium des Landes Baden-Württemberg vor, die Mitglieder des Beirats bei der Justizvollzugsanstalt Ravensburg wie folgt neu zu bestellen:

1. Frau Waltraud Maisch, Eckweg 29, 88276 Berg (CDU)
- 2. Herr Georg Schmid, Lortzingstr. 80, 88339 Bad Waldsee (FWV)**
- 3. Frau Dr. Margret Brehm, Arisheim 4, 88339 Bad Waldsee (Die Grünen)**

Ersatzmitglieder

- 1. Herr Hubert Fischer, Angelestr. 57, 88214 Ravensburg (SPD)**
2. Herr Siegfried Scharpf, Schliererstr. 57, 88212 Ravensburg (ÖDP)

**Beratungsergebnis:** einstimmig **modifiziert** beschlossen (bei 3 Enthaltungen)

7. Jahresbericht des Kreisbehindertenbeauftragten; Gast: Torsten Hopperdietzel, Kommunalen Behindertenbeauftragter des Landkreises Ravensburg (0188/2016)

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Hopperdietzel sowie die beiden Gebärdensprachdolmetscherinnen, Frau Gmeiner-Rensi und Frau Drössel.

Herr Hopperdietzel stellt seinen Tätigkeitsbericht vor.

Der Vorsitzende spricht Herrn Hopperdietzel seinen Dank für das im zurückliegenden Jahr gezeigte Engagement aus.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

8. Strategie Bürgerservice (0199/2016)

**Beratungsergebnis:** abgesetzt

9. Beteiligungsbericht 2015 (0161/2016)

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

10. Mitteilungen und Anfragen

Energiepolitische Informationen

Der Vorsitzende gibt bekannt:

Am 17.10.2016 wurde der Landkreis Ravensburg mit einem Umsetzungsgrad von 81,2 % in Luzern mit dem eea in Gold ausgezeichnet. Somit liegt der Landkreis Ravensburg auf Platz 3 der Bundesebene und auf Platz 1 in Süddeutschland. Vielen Dank an Frau Meschenmoser, Frau Wucherer und das ganze Team.

Am 15.11.2016 wurde der Landkreis für sein gutes Klimaschutzkonzept, den sparsamen und sorgfältigen Umgang mit Energie und das vorbildliche Energiemanagement sowie die regelmäßig stattfindenden Hausmeisterschulungen mit dem „Leitstern Energieeffizienz“ vom Umweltministerium Baden-Württemberg ausgezeichnet und belegte von 27 teilnehmenden Landkreisen den ersten Platz.

Am 01.12.2016 beginnt die Klimaschutzmanagerin ihre Tätigkeit. Dies geschieht in enger Kooperation mit der Energieagentur Ravensburg. Die Stelle wird mit 65 % für drei Jahre vom Bund gefördert.

#### „Bauernhausmuseum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg“

KR Forderer fragt nach den Hintergründen für diese Bezeichnung in den aktuellen Sitzungsunterlagen.

Der Vorsitzende bestätigt, dass der Name ergänzt wurde. Der Zusatz solle verdeutlichen, dass es sich um ein Museumsdorf, um eine größere Einrichtung, handelt – und nicht nur um einen einzelnen Bauernhof. Außerdem werde mit dem Museum nicht nur die Gemeinde Wolfegg repräsentiert, sondern der gesamte Landkreis. Die Größe der Einrichtung sowie der regionale museale Vertretungsanspruch könnten mit dem Namenszusatz besser zum Ausdruck gebracht werden.

KR A. Müller mahnt zur Vorsicht, um Auseinandersetzungen mit dem Museumsdorf Kürnbach um den Namenszusatz „Oberschwaben“ zu vermeiden. Er schlägt die Bezeichnung „Kreisfreilichtmuseum“ vor.

#### Begrüßungsschild an den Kreisgrenzen

KR Wurm hinterfragt die Gestaltung dieses neuen Kreisschildes und wünscht sich eine ansprechendere Optik.

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Vorfeld intensiv diskutiert worden sei, welche Botschaft vermittelt werden soll. Die Gestaltung sei eine Frage des Geschmacks. Den Kreisräten bliebe es unbenommen, für die nächste Kreistagssitzung ggf. einen Antrag zu diesem Thema

zu stellen.

### Regio S-Bahn

KR Sing interessiert sich für das Thema Regio S-Bahn. Er bittet darum, das Konzept im zuständigen Gremium zu diskutieren, sobald es vorliegt.

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Oliver Spieß

Dieter Krattenmacher

**Anlage zum Protokoll**  
**TOP 2: Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

KR Bindig:

„Zusammenfassung meiner Begründung zum Gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/DIE GÜNEN und der SPD:

Das neue Gesetz bietet eine sehr gute Gelegenheit, der Arbeit des Kreistages mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu geben. Leider ist in der Öffentlichkeit nur wenig über die Arbeit des Kreistages und vor allem seiner Ausschüsse bekannt. Wenn durch die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschussberatungen die Presse schon im Vorfeld der Entscheidung berichten kann, wird eine – bisher nicht vorhandene – neue Möglichkeit geschaffen, auf anstehende Themen hinzuweisen und eventuell eine öffentliche Diskussion darüber anzustoßen. Auch die Beratungen im Ausschuss können an Qualität, Beratungstiefe und Gründlichkeit zunehmen, da eventuell Zuhörer die Beratung beobachten. Mutmaßungen, wie sie in der Verwaltungsvorlage genannt sind, dass sich KT-Mitglieder vielleicht gehemmt fühlen könnten und sich scheuen könnten, einen noch nicht ganz gereiften Gesichtspunkt vorzubringen, sind deutlich zurückzuweisen. Jedes gewählte Kreistagsmitglied dürfte Frau oder Manns genug sein, ihre oder seine Meinung zu äußern. Es sollte auch bedacht werden, dass in der Regionalverbandsversammlung einstimmig beschlossen worden ist, auch die Ausschusssitzungen öffentlich abzuhalten. Es sei kleinmütig und ängstlich, wenn der Kreistag sich dies nicht auch zutraue. In meiner nun 7-jährigen Mitgliedschaft im Kreistag habe es eigentlich nur eine Entscheidung (Krankenhausproblematik) gegeben, wo damit zu rechnen gewesen wäre, dass es eventuell einige Probleme mit der Öffentlichkeit hätte geben können. Das könne und müsse der Kreistag aber aushalten. Wer gute Argumente habe, könne und müsse dies auch der Öffentlichkeit darlegen können. Der Kreistag solle mehr Demokratie wagen! Deshalb wird um Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag gebeten“.

Zusammenfassung der Antragsbegründung zum SPD-Antrag zur Fraktionsbildung:

Die Ereignisse im Landtag habe erkennen lassen, dass es sinnvoll ist, einen vorsorglichen Beschluss zu fassen. Er schadet nicht, kann aber einmal sehr nützlich werden. Sollte einmal ein Fall auftreten, ist es immer schlecht erst hinterher darauf zu reagieren.“

## KR Spangenberg:

„Sehr geehrter Herr Landrat Sievers, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag von Ravensburg

Mit dem am 14. Oktober 2015 beschlossenen „Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften“ ist der Landtag von Baden-Württemberg dem lange geforderten Wunsch vieler in den Kommunalparlamenten tätiger Bürgerinnen und Bürger nachgekommen, mehr Transparenz im kommunalpolitischen Geschehen zu ermöglichen.

Insbesondere war es längst überfällig, die Gemeindeordnung dahingehend zu ändern, dass auch in den Ausschüssen der kommunalen Gremien Sachentscheidungen nicht wie bisher in der Regel nichtöffentlich sondern im Interesse mündiger Bürgerinnen und Bürger und im Sinne transparenter Entscheidungsprozesse in der Regel in öffentlicher Sitzung vorzubereiten seien.

Der Regionalverband Bodensee Oberschwaben ist dieser neuen bürgerfreundlichen Regelung zwischenzeitlich auch schon nachgekommen.

Mit dem Vorschlag der Verwaltung des Landkreises Ravensburg, bei dieser Frage alles wie gehabt beim Alten zu belassen, verfährt die Verwaltung unbestritten im eigenen Interesse, nämlich möglichst reibungslos und ohne unangenehme Einmischung durch eine interessierte Öffentlichkeit ihre Vorhaben durchzubringen. Sie ignoriert dabei die wachsende Bereitschaft der Öffentlichkeit, vor Sachentscheidungen rechtzeitig informiert zu werden um sich gegebenenfalls noch in den Entscheidungsprozess einmischen zu können. Mit dem Vorschlag der Verwaltung, alles so zu belassen, wie es in der Vergangenheit gehandhabt wurde, fördert die Verwaltung die Politikverdrossenheit. Und wenn wir, die gewählten Kreistagsmitglieder, diesem Vorschlag folgen, müssen wir uns über folgende Reaktionen der Wählerschaft bei Kommunalwahlen nicht wundern:

- die Teilnahme an Kommunalwahlen sinkt noch mehr als bisher schon.
- Vor allem der Kreistag bleibt ein kommunales Gremium, das völlig zu Unrecht vielen Bürgerinnen und Bürgern in seiner Bedeutung undurchsichtig, unklar und unbekannt ist.
- Es wird für die Parteien und Wählervereinigungen noch schwerer als bisher schon, geeignete und unabhängige Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen

zu finden. Und in den Kreistag ziehen noch mehr Verwaltungsfachleute aus anderen Behörden ein als bisher dort schon vertreten sind.

- Bürgerinnen und Bürger, die mit intransparent beschlossenen Entscheidungen nicht einverstanden sind, werden noch mehr als bisher – und auch mit größerer Berechtigung - die Gerichte bemühen, um sich gegen intransparente oder aus ihrer Sicht falsche Entscheidungen zur Wehr zu setzen. Wenn gewünscht kann ich dazu gerne Beispiele aus erlebter Praxis benennen.

Schon aus diesen Gründen sollte der Kreistag auf gar keinen Fall dem Verwaltungsvorschlag folgen; denn für die Verwaltung war die bisherige Prozedur sicher vorteilhaft. Für uns, die gewählten Mitglieder des Kreistages muss es aber im eigenen Interesse liegen (es sei denn, wir sitzen als Vertreter von Interessensgruppen oder anderer Behörden im Kreistag) die Entscheidungsprozesse so transparent wie nur möglich für die Bürgerschaft und damit unsere Wählerinnen und Wähler zu gestalten.

Deshalb legt die Verwaltung den Schwerpunkt ihrer Begründung auch sehr ausführlich auf ein anderes Argument, dessen Berechtigung ich zwar zum Teil anerkennen möchte, das aber in seiner Bedeutung im Abwägungsprozess klar zu Gunsten von mehr Transparenz zurückgewiesen werden muss. Ich kann mich aus meiner jahrzehntelangen kommunalpolitischen Arbeit an keine von mir vertretenen, Erklärungen und sonst wie nichtöffentlich gemachten Sachaussagen erinnern, die ich nicht genauso auch öffentlich hätte äußern können. Und gerade die in nichtöffentlichen Sitzungen erfolgten engagierten Aussprachen sind es ja, die Sachverhalte auch für außenstehende Beobachter wie Presse und interessierte Bürgerschaft deutlich machen. Wenn dann nach manchmal leidenschaftlicher Aussprache und einem ernsthaften Abwägungsprozess ein einstimmiges Votum erfolgt, ist dies für den außenstehenden Beobachter nachvollziehbar und leichter zu akzeptieren, auch wenn dieser anderer Meinung sein und bleiben sollte. Wenn aber dieser Entscheidungsprozess der Öffentlichkeit verborgen bleibt, wirken einstimmig oder mit großer Mehrheit gefasste Beschlüsse als unreflektiertes Kopfnicken mit den oben benannten nachteiligen politischen Folgen.

Und wer in einer öffentlichen Debatte nicht zugeben kann, dass nach guter Diskussion auch die eigene Argumentation im Abwägungsprozess überdacht und möglicherweise zugunsten der Argumentation der anderen Seite zurückgenommen wird, sollte sich erst gar nicht um ein kommunalpolitisches Amt bewerben.

Gut gemeint aber in der Praxis nur unzureichend möglich ist das Argument der Verwaltung,

in der nach nichtöffentlichen Vorberatungen erfolgenden öffentlichen Sitzung im Kreistag sollte „diese öffentliche Sitzung dazu genutzt werden, dass die Meinungsgruppen im Kreistag ihre Argumente und Positionen der Öffentlichkeit gut erklären.“ So steht es in der Vorlage- Die Praxis sieht so aus: Erstens sind die Kreistagsitzungen so mit Tagesordnungspunkten gefüllt, dass die Sitzung mindestens zwölf Stunden andauern müsste, um diesem Anspruch zu genügen. Zweitens sind alle, die in nichtöffentlicher Sitzung ihre Argumente ausgetauscht haben eher genervt, wenn diese im Kreistag nochmals ausgetauscht werden und verweisen, falls sich jemand erdreistet, die Thematik nochmals gründlich zu erörtern auf das Abstimmungsergebnis der nichtöffentlichen Sitzung, an das man sich als Demokrat doch zu halten habe. Drittens kommt es sogar vor (ich erinnere an die letzte Kreistagsitzung 2015 als BM Krattenmacher für die Fraktion der CDU den Antrag in der umstrittenen Frage Neubau oder Sanierung der Brücke bei Eglofstal stellte: Abstimmung ohne Aussprache, da in der nichtöffentlichen Sitzung und bei anderen Gelegenheiten die Grünen die Gelegenheit gehabt hätten, ihre Argumente zu benennen), dass aus politischem Interesse oder weil das gemeinsame Abendessen bevorsteht, eine grünliche und öffentlichkeitswirksame Aussprache verhindert werden soll. Und viertens wissen wir doch alle, dass unsere Bürgermeister im Kreistag wegen anderer Abendtermine – aber nicht nur sie – nach vier bis fünf Stunden Sitzung den Kreistag schon verlassen haben oder dies eben machen.

Schließlich möchte ich stark bezweifeln, dass durch unsere bisherige Praxis das erreicht wird, was die Verwaltung am Schluss ihrer Argumentation behauptet:“ Am wichtigsten ist aber, dass die Beratungsprozesse so angelegt sind, dass sie das bestmögliche Entscheidungsergebnis in der Sache befördern“ Nicht nur Mehrheitsentscheidungen, manchmal sogar einstimmig gefasste Beschlüsse können sich als falsch herausstellen und vermeidbar sein, wenn zuvor die Öffentlichkeit besser einbezogen wird.

Und eines können wir im Gegensatz zur bisherigen Praxis dann auch von der Presse einfordern: Präsenz bei den Sitzungen der Ausschüsse.

Deshalb bitte ich um Zurückweisung des Beschlussvorschlages und um Zustimmung zum Antrag: Beratungen in den Ausschüssen des Kreistages finden in der Regel in öffentlicher Sitzung statt.

Ich bitte darum, diesen Redebeitrag genauso wie die Stellungnahme der Verwaltung im Wortlaut zu Protokoll zu nehmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“